



VERANSTALTUNG

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten – Ursachen und Wirkungen

Gewalt gegen die Polizei begleitet unsere Kolleginnen und Kollegen permanent in ihrem Berufsleben. Sowohl bei alltäglichen Einsätzen aber auch in vielen anderen Situationen spielt die Gefahr, Gewalt gegen sich oder seine Kolleginnen und Kollegen erleben zu müssen, eine immer größer werdende Rolle.

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Dezember haben in ihrer Intensität und ihren Auswirkungen zu einem gesellschaftspolitischen Diskussionsprozess geführt, der das Gewaltmonopol des Staates infrage gestellt hat.

Ursachenforschung, persönliche Erfahrungen und politische Bewertungen standen daher im Fokus der Veranstaltung der GdP Hamburg, die im Polizeipräsidium am 7. Februar 2014 unter der Moderation der stellvertretenden Landesvorsitzenden Gunhild Weidemann stattfand.

Bereits kurz nach Ankündigung der Tagesveranstaltung waren die



Fragen und viele interessante Aspekte wurden im Rahmen der Podiumsdiskussion bewegt.

meisten der fast 200 Plätze im großen Sitzungssaal des Polizeipräsidioms vergeben. Innerhalb kürzester Zeit hatte das Team aus der Geschäftsstelle der GdP und viele unserer ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer es geschafft, für eine gelungene Veranstaltung zu sorgen.

Zunächst begrüßte Gunhild Weidemann neben Innensenator Michael Neumann, Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch und GdP-Bundesvorsitzen-



Gunhild Weidemann moderierte die Veranstaltung souverän.



Keine Plätze mehr frei.

Fotos: Ray Goebeler

den Oliver Malchow viele Gäste aus Politik, den Medien und eine große Zahl an interessierten Kolleginnen und Kollegen der Polizei Hamburg.

Als erster Redner erklärte Innensenator Neumann in seinem Vortrag, dass er als Senator, aber auch als Bürger Hamburgs ein deutliches Zeichen gegen Gewalt gegenüber Polizei und Feuerwehr erwarte. Eine von allen Gesellschaftsgruppen akzeptierte Polizei muss sich vor allem auf die Unterstützung der politisch Verantwortlichen verlassen können. Nicht allein das Erhöhen des Strafrahmens bei Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten ist ein wichtiges Signal,

Fortsetzung auf Seite 2



VERANSTALTUNG

Fortsetzung von Seite 1



Innensenator Neumann

auch sei es an der Zeit, entsprechenden Strafraumen auch auszuschöpfen.

Anschließend schilderte der stellvertretende Vorsitzende des Fachbereichs Schutzpolizei der GdP Hamburg und Zivilfahnder am PK 15, Andreas Schmidt, seine Erfahrungen aus dem Einsatzgeschehen rund um den 21. Dezember 2013. Unmittelbarer Bewurf von Einsatzkräften in einer Polizeikette mit Steinen und „Pyros“ und eine blinde Zerstörungswut gegen alles, was sich im Bereich der Reeperbahn finden lassen konnte, wa-

ren lediglich zwei Eindrücke von vielen. Mehrfach wurden Gegenstände bereitgelegt, um sie dann gezielt auf Einsatzkräfte zu werfen. Barrikaden wurden errichtet und angezündet.



Andreas Schmidt, Zf am PK 15

Als Fazit seines beindruckenden und verstörenden Vortrags wurde klar, dass die Polizei stellvertretend für den Staat das wesentliche Ziel dieser Straftäter war. „Wut und Zorn in den Augen der gewalttätigen Demonstranten sind keine guten Erfahrungen“.



Prof. Dr. Pfeiffer

Prof. Dr. Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. (KFN), stellte in seinem Vortrag auf die Phänomene rund um die Frage der Gewalt gegen Polizeibeamte ab. Eine Studie zur Motivation der Täter mache deutlich, dass das wesentliche Motiv, Polizeibeamte anzugreifen, sich in der Ablehnung und der Feindschaft gegenüber dem Staat begründet und damit eben auch gegenüber den Repräsentanten des Staates ausgeübt wird. In beeindruckender Weise schilderte Prof. Dr. Pfeiffer den Umstand, dass gerade in alltäglichen Einsatzsituationen die Gefahr am größten ist, durch das polizeiliche Gegenüber verletzt zu werden. Viele dieser Angriffe entstehen aus der Überraschung heraus. Dabei spielen sowohl der Alkoholkonsum als auch die ethnische Herkunft des Gegenübers eine wesentliche Rolle. Ausdrücklich begrüßte er die von der GdP ausgehen-

de Initiative zur Einführung eines eigenen Straftatbestands § 115 StGB.

Ein weiteres Fazit, das Prof. Dr. Pfeiffer zog, war die fehlende Bereitschaft innerhalb der Polizei, mit Fehlern und Schwächen umzugehen. Hier bestehe die Chance, eben nicht nur immer „cool“ zu sein, sondern eben menschlich gut miteinander umzugehen.

Der Landesjugendvorsitzende der JUNGEN GRUPPE aus Niedersachsen, Kevin Komolka, schilderte seine persönlichen Eindrücke, die er im Rahmen des Betreuungseinsatzes gewonnen hatte. Im Laufe des 21. Dezember erreichten ihn immer wieder Informationen direkt aus dem Ein-



Kevin Komolka, JUNGE GRUPPE Niedersachsen

satzgeschehen in Hamburg von eingesetzten Kräften aus Niedersachsen. In ihm reifte die Entscheidung, sich sofort mit weiteren Mitgliedern der JUNGEN GRUPPE aus Niedersachsen auf den Weg nach Hamburg zu machen. Dort unterstützen sie die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der GdP Hamburg, die unermüdlich eine bis in die frühen Morgenstunden andauernde Einsatzbetreuung auf die Beine gestellt hatten.

Auch berichtete er aus einem Einsatztagebuch eines niedersächsischen Bereitschaftspolizisten anlässlich des Einsatzes. Erschütternde Beschreibungen prägten seine Eindrücke: „Zwei Kollegen kommen mir entgegen, tragen einen scheinbar leblosen Körper mit Helm und Schutzausstattung an mir vorbei, die Beine schleifen auf dem Boden. So was habe ich noch nie gesehen – alle meine Kollegen sind still“. Besonders beeindruckten seine Schilderungen aus Gesprächen während der Einsatzbetreuung mit eingesetzten Kollegen. Ein bayrischer Kollege beschrieb aufgelöst, dass ihm im Gerangel der Helm vom Kopf gerissen worden sei. Anschließend hätten die Täter mit Dachlatten auf ihn eingeschlagen. Wären nicht Kollegen dagewesen,



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:

Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96-0
Telefax (0 40) 28 08 96-18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:

Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclasen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438



VERANSTALTUNG

die sich schützend vor ihn gestellt und die Schläge abgefangen hätten, wäre er jetzt wahrscheinlich nicht mehr hier. Man spürte bei dieser Schilderung die große Betroffenheit der Gäste der Tagung. Sein Fazit: „Hamburg meine Perle, deine Gewalt, die habe ich satt!“



Dr. Baier, Soziologe aus Hannover

Dr. Dirk Baier, Soziologe und stellvertretender Leiter des KFN, schilderte abschließend aus einer aktuellen Studie, welche Einsätze für Polizeibeamte besonders gefährlich sind. Hier zeigt sich schnell, dass es gerade die alltäglichen Einsätze sind, die das größte Risiko bergen, als Polizeibeamter Opfer von Gewalt zu werden. Die Interaktion mit dem Gegenüber und die vorhandenen Rahmenbedingungen bestimmen immer den Ausgang eines Einsatzes. Dabei fördern Stress, emotionale Erschöpfung und soziale Belastungen bei Polizeibeamten eben auch eine höhere Gewaltbereitschaft in Einsätzen. Daher muss auch innerhalb der Polizei dieses Phänomen der psychischen und physischen Gewalt enger in den Fokus genommen werden.

Nach einer Mittagspause mit einem kleinen Imbiss, aber vor allem mit vielen lebhaften und interessanten Diskussionen wurde die Veranstaltung mit einer Podiumsdiskussion fortgesetzt. Gunhild Weidemann übernahm auch hier die Moderation



Die Veranstaltung fand ein großes, auch überregionales Echo, Gerhard Kirsch im Interview.



Viele angeregte Diskussionen in der Pause.

und führte mit viel Fingerspitzengefühl durch eine Vielzahl von interessanten und diskussionswürdigen Beiträgen.

Bereits zu Beginn machte der Bundesvorsitzende der GdP, Oliver Malchow, deutlich, dass es sich grundsätzlich um einen normalen Einsatz gehandelt habe, der aber aufgrund des großen medialen Echos im weiteren Verlauf besonders betrachtet



Kevin schildert seine Eindrücke.

wurde. Dabei stand zunehmend das polizeiliche Handeln im Mittelpunkt und nicht das klare Bekenntnis, dass die Polizei für unseren Rechtsstaat einsteht. Dass der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit immer das polizeiliche Handeln bestimmt und eine Deeskalationstaktik ebenfalls ein Mittel der Verhältnismäßigkeit ist, machte er dabei ausdrücklich deutlich.

Polizeipräsident Kopitzsch zielte auf die Rolle der Polizei in einer demokratischen Gesellschaft ab. Aus der Unkenntnis dieser Aufgabe er-



Innensenator Neumann stellte sich auch kritischen Fragen.

scheint es für das gewalttätige Gegenüber vertretbar, ein Widerstandsrecht gegenüber dem Staat zu postulieren, dies ist jedoch nicht Teil unseres Grundgesetzes.

Prof. Pfeiffer verdeutlichte, dass im Innenverhältnis der Polizei eine gute Führung auf allen Ebenen elementar sei. Es muss im eigenen Interesse der Polizei liegen, dass über Übergriffe geforscht wird, auch um das Verständnis für polizeiliche Aufgaben wachsen lassen zu können.

Die innenpolitische Sprecherin des Bündnisses 90/Die Grünen in der Hamburgischen Bürgerschaft, Antje Möller, forderte zu einer differenzierteren Diskussion über das Gewaltmonopol des Staates auf. Sie selbst schilderte den Einsatz und die besondere Eskalation als sehr überraschend.

Andreas Hallaschka, Journalist aus Hamburg und Initiator der am 29. Dezember gegründeten Facebook-Prä-

Fortsetzung auf Seite 4



VERANSTALTUNG

Fortsetzung von Seite 3

sens „Solidarität mit den Beamten der Davidwache“, beschrieb seine Motivation, aufgrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen auf St. Pauli für eine weitere Form der Diskussion zu sorgen. Bereits über 60 000 „Likes“ verzeichnete die Seite bisher. Seine



Antje Möller, Bündnis 90/Die Grünen

Sorge gelte dabei auch dem Umstand, dass sich der Staat den sozialen Medien in der Öffentlichkeit bisher nicht in ausreichendem Maße widmet. Dieser Einschätzung stimmte Polizeipräsident Kopitzsch zu und sagte eine Betrachtung dieser neuen Kommunikationsmöglichkeiten zu.



Andreas Hallaschka, Journalist

Der Landesvorsitzende der GdP Hamburg, Gerhard Kirsch, beschrieb erneut das Problem der zum Teil fehlenden und aufgrund des geringen personellen Ansatzes auch nicht in dem notwendigen Rahmen vorhandenen psychologischen Nachsorge innerhalb der Polizei. Hier wünscht er sich im Dialog mit Polizeipräsident



GdP-Landesvorsitzender Gerhard Kirsch

Kopitzsch eine schnelle Lösung. In Bezug auf die massiven Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten machte er auch deutlich, dass erst durch den intensiven und aufreibenden Einsatz der Kolleginnen und Kollegen schlimmere Folgen für Hamburg verhindert werden konnten.

Dr. Andreas Dressel, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, stellte klar, dass das Gewaltmonopol des Staates eine wesentliche Funktionsbedingung der Demokratie ist. Trotz des Scheiterns eines gemeinsamen Bündnisses gegen Gewalt über gesellschaftliche und Parteigrenzen hinweg sei ein Dialog in Medien und in allen Quartieren für das Darstellen und das Erklären des alleinigen Gewaltanspruchs des Staates unabdingbar. Im Rahmen



Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch

der Podiumsdiskussion war man schnell einig darüber, dass ein Kommunikationsdefizit auf allen Ebenen und Bereichen der Gesellschaft besteht, dabei ist der gesellschaftliche Konsens ausdrücklich wichtig und notwendig.



Dr. Andreas Dressel, SPD-Fraktionsvorsitzender in der Hamburgischen Bürgerschaft

Einigkeit bestand bei der Mehrzahl der Diskussionsteilnehmer, dass die parlamentarische, aber auch die justiziable Kontrolle der Exekutive ausreichend ist. Die vorhandenen Kontrollinstrumente sind dabei elementär für unseren Rechtsstaat. Einer Ausweitung dieser funktionierenden Kontrollinstrumente durch Einrichtung

z. B. von Beschwerdestellen, unabhängigen Demonstrationsbeobachtern oder einer Ausweitung der Kennzeichnungspflicht erteilten sowohl Polizeipräsident Kopitzsch, GdP-Bundesvorsitzender Malchow und GdP-Landesvorsitzender Kirsch, aber auch der SPD-Innenexperte Dr. Dressel eine ausdrückliche Absage.



Prof. Dr. Pfeiffer

Als letztes Thema stand die Frage im Raum, ob eine schnellere staatliche Reaktion auf Gewalttaten ein probates Mittel sei, um dem Verfall von Regeln und Normen entgegenzuwirken. Dies war sehr schnell unstrittig, stellt aber besondere Anforderungen an die Ausgestaltung ei-



Gunhild Weidemann, stellv. GdP-Landesvorsitzende, schloss mit einem beeindruckenden Fazit.

nes beschleunigten Verfahrens im Einsatzgeschehen.

Zum Abschluss der Veranstaltung zog Gunhild Weidemann für die GdP Hamburg ein positives Fazit: Viele Themen rund um die Frage, warum es überhaupt zu diesen Formen der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten kommen konnte, wurden vertieft beschrieben und diskutiert. Persönliche Erfahrungen, die Rolle der Medien und Fragen zu den Ursachen von Gewalt wurden vorgestellt und kritisch diskutiert.

Teilnehmer, Gäste und die Organisatoren der GdP Hamburg waren sich einig: eine rundum gelungene, sehr informative und vertiefende Veranstaltung zu einem wichtigen Thema für die Polizei. **Jörn Clasen**



ZEHN MILLIONEN EURO FÜR DIE HAMBURGER POLIZEI!

Durchbruch erzielt – Weg frei für Beförderungen?

Senat trifft wegweisende Entscheidung!

Der Senat hat entschieden, dass zehn Millionen Euro für die Hamburger Polizei bereitgestellt werden. Nach intensiven und hartnäckigen Gesprächen der GdP mit Vertretern der SPD-Mehrheitsfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft – aber auch in öffentlichen Gesprächsrunden (u. a. mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Andreas Dressel), in der die dramatische Situation der Hamburger Polizei wiederholt besprochen wurde, hat der Senat entschieden, dass zehn Millionen Euro für die Hamburger Polizei bereitgestellt werden.

Dabei sind fünf Millionen Euro für den Einstieg in ein verlässliches Beförderungsmodell vorgesehen. Darüber hinaus werden zwei Millionen Euro für die Auszahlung von Überstunden sowie weitere drei Millionen Euro für Ausstattungsergänzungen bereitgestellt.

Wir begrüßen diesen Kurswechsel der Politik ausdrücklich; denn hier kommt auch die geforderte Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen auch materiell zum Ausdruck. Wie die Mittel im Einzelnen eingesetzt werden, werden nun anstehende Gespräche und Verhandlungen ergeben.

Wir freuen uns, dass nach dieser harten Überzeugungsarbeit im Hin-

tergrund ein solches Ergebnis erzielt werden konnte. Wir werden auch weiterhin intensive Überzeugungsarbeit leisten, um die Zukunftsfähigkeit der Hamburger Polizei und die Berufsperspektiven der Kolleginnen und Kollegen dauerhaft zu sichern.

Für den Moment danken wir ausdrücklich dem 1. Bürgermeister, Senator Michael Neumann und allen weiteren Beteiligten – denn es ist ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Zehn Millionen für die Polizei

Nach dem Geldsegen führte der GdP-Vorsitzende ein persönliches Gespräch mit dem Senator in der Innenbehörde. In dem sehr offen geführten Gespräch wurde seitens der GdP auf die notwendigen Struktur-reformen, die angesichts der Überalterung des Personalkörpers, der absehbar unzureichenden Nachwuchsgewinnung und der nach wie vor düsteren Berufsperspektiven dringend angegangen werden müssen, hingewiesen.

Insbesondere der Abbau des Beförderungstaus und die Attraktivitätssteigerung des Schichtdienstes wurden thematisiert.

Der Senator verwies auf die großen Schwierigkeiten und Verwerfungen, die durch das alte LVM hervorgerufen wurden. Die verfassungsmäßige Schuldenbremse habe ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die Polizei.

Die Frage, ob die fünf Millionen Euro auch dafür genutzt werden, um die zusammengestrichenen Beförderungsmöglichkeiten aus dem Jahr 2013 zu realisieren, wurde mit dem Hinweis beantwortet, dass diese Mittel für eine Anschubfinanzierung für ein neue Beförderungssystematik benötigt werden. Das werde jetzt geprüft.

Insgesamt also noch nichts Konkretes!

Kräfte bündeln, Chancen nutzen!

Die Reaktionen auf die Initiative des Senats, ein Zeichen für die Hamburger Polizei zu setzen, zeigt auf, wie wichtig allen Beteiligten diese Maßnahme war. Der Schwerpunkt muss auf die Entwicklung nachhaltiger und verlässlicher Berufsperspektiven gelegt werden – und dazu zählt ein Beurteilungssystem, das diesen Namen auch verdient.

In diesem Zusammenhang sind notwendige Struktur-reformen im Hinblick auf die Problembereiche „Altersstruktur der Hamburger Polizei“ (über 4000 von 8400 Vollzugsbeamten sind 45 Jahre oder älter!) und „Nachwuchsgewinnung“ sofort einzuleiten – denn alles steht mit allem im Zusammenhang!

Dieser Realität hat sich die Politik zu stellen!

Die Wiedereinführung der Heilfürsorge und die Alimentionation der Studenten sind wichtige Teilelemente; sie korrigieren schwere Fehler der Vergangenheit, machen aber für sich genommen nicht die Reform aus, die notwendig ist, um die Zukunftsfähigkeit der Hamburger Polizei zu sichern.

Vor dem Hintergrund der Ankündigungen ist der „Wortbruch“ in Sachen Beförderungen aus dem November 2013 zu korrigieren und insbesondere der Beförderungstaus A 9/A 10 anzugehen!

In der Verantwortung für die Interessen aller Kolleginnen und Kollegen wird die GdP erneut die Initiative ergreifen, um die gewerkschaftlichen Kräfte zusammenzuführen. Wir haben eine Chance – nutzen wir sie!

Der Landesvorstand



Das PK 15 an der Reeperbahn: Die „Davidwache“



GdP fordert Spezialistenregelung für die Wasserschutzpolizei

Seit längerer Zeit beschäftigt sich der Landesfachbereichsvorstand in der WSP mit dem Thema „Spezialistenregelung für die Wasserschutzpolizei“. Unterschiedliche Denksätze und Modelle wurden besprochen, positive und negative Aspekte abgewogen.

Nach Ansicht des Landesfachbereichs der WSP in der GdP ist es unerlässlich, die geforderten Einstellungsbedingungen und das umfangreiche Aufgabengebiet der WSP-Beamtinnen und -Beamten zu würdigen, denn zurzeit bedarf es im gesamten Hause Polizei Hamburg lediglich in der Wasserschutzpolizei bestimmter Einstellungskriterien.

Damit nicht genug!

Wasserschutzpolizei-beamtinnen und -beamte müssen weiterführende Lehrgänge besuchen und eine sogenannte WSP-spezifische Sonderausbildung von 16 Monaten im Fortbildungs- und Einsatzzug (WSP 22) absolvieren. Erst nach dieser Zeit dürfen sie sich waschechte WSPler nennen.

Diese Umstände veranlassten den Landesfachbereichsvorstand WSP dazu, über Beförderungsmodelle und vor allem eine befähigungsorientierte Besoldung nachzudenken.

Anzeige

Notdienst der Glaserinnung Hamburg
für alle Hamburger Bereiche

Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60

 **Firmenungebundene Auftragsannahme**

Wir kamen zu dem Entschluss, dass drei Modelle nicht nur realisierbar, sondern auch angebracht wären.

Modell 1: zweigeteilte Laufbahn

Nach Ansicht des Landesfachbereichsvorstands ist eine zweigeteilte Laufbahn mehr als gerechtfertigt. Durch die genannten Voraussetzungen, überhaupt bei der WSP Hamburg eingestellt werden zu können, sind wir in unserer Sparte einzigartig und echte Spezialisten! Die Kripo hat uns gezeigt, dass eine zweigeteilte Laufbahn möglich ist. Berücksichtigt werden muss an dieser Stelle der m. D. im Bestand. Hier müsste eine schnelle Lösung gefunden werden, um diese Kolleginnen und Kollegen in den g. D. überzuleiten.

Modell 2: Befähigungsorientierte Beförderung

Die Einstiegsämter bleiben im mittleren Dienst (m. D.) bei A 7 und im gehobenen Dienst (g. D.) bei A 9. Nach Beendigung und Bestehen aller erforderlichen Prüfungen bei WSP 22 und der WSPS erfolgt die sofortige Beförderung nach A 8 m. D. bzw. A 10 g. D. Auch durch dieses Modell würde unsere Spezialistenregelung und die Würdigung aller Vordienstzeiten (aus der Handelsschiffahrt, Bundesmarine, etc.) zum Tragen kommen.

Modell 3: WSP-Zulage

Jede WSP-Beamtin und jeder WSP-Beamte erhält eine sogenannte WSP-Zulage. Verschiedene Dienststellen außerhalb der WSP, an denen eine Zulage gezahlt wird, machen es vor. Wir haben einen Mittelwert von 130 Euro errechnet. Diese Zulage würde auch den besonderen Einstellungsbedingungen und Fortbildungserfordernissen bei der WSP gerecht werden und finanzielle Einbußen durch den Berufswechsel ausgleichen.

Diese erarbeiteten Modelle wurden durch den Landesfachbereichsvorsitzenden Enrico Nimsch und durch seinen Vertreter Björn Schüning dem Polizeipräsidenten (PL) Wolfgang Kopitzsch vorgelegt.

PL nahm sich sehr viel Zeit und zeigte großes Interesse an den Modellen. Vor allem hob er die Wichtig-



Enrico Nimsch, GdP-Fachbereich WS, Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch und Björn Schüning, GdP-Fachbereich WS (v. l.)

keit und Einzigartigkeit unserer WSP hervor. Laut seiner Aussage möchte die Polizei Hamburg weiterhin Spezialisten für die WSP anheuern, die auch angemessen bezahlt werden müssen. Dieses gebietet allein die Wettbewerbsfähigkeit und somit Zukunftsfähigkeit der Hamburger WSP.

Der Landesfachbereichsvorstand ist sehr zuversichtlich aus dem Gespräch gegangen und wird weitere Gespräche mit polizeilichen und politischen Verantwortungsträgern führen. Wir sind uns sicher, dass etwas passieren muss und dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, dieses Thema gemeinsam mit der Polizei- und der WSP-Führung voran zu bringen.

Wir werden über die weiteren Gespräche und die Ergebnisse berichten.

Euer Landesfachbereichsvorstand WSP



HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Rosamunde Pietsch, „die Mutter der Hamburger Polizistinnen“, wurde 99 Jahre!

Noch so rüstig und fit, ein strahlendes Lächeln kam mir entgegen, als ich am Sonntag, dem 2. Februar, unserem Mitglied Rosamunde Pietsch die Glückwünsche des Landesbezirksvorstandes und des Fachbereichsvorstandes Senioren überbrachte.

Rosamunde freute sich sehr über den Besuch der GdP und wir sprachen über die Vergangenheit und ihren langen Weg zur Polizei. Da ihr Vater Polizeibeamter (seit 1908) war, war es auch ihr großer Wunsch, einmal Polizeibeamtin zu werden. Doch dieser Weg war nicht so einfach, wie Rosamunde es sich vorgestellt hatte. Als sie gar nicht mehr an ihren Wunschberuf glaubte, erfüllte sich dieser doch noch mit dem 30. Lebensjahr. Rosamunde beendete 1932 die Schulzeit mit 17 Jahren und hatte den Abschluss der mittleren Reife in der Tasche. Schon während der Schulzeit informierte sich Rosamunde bei der Kriminalpolizei über die Einstellungs Voraussetzungen. Dort wurde ihr mitgeteilt, dass sie sich erst mit 23 Jahren und einer abge-



Stellvertretend für den Landesvorstand überbrachte Klaus-Peter Leiste die Glückwünsche der GdP Hamburg.

schlossenen „fürsorgerischen Ausbildung“ (Kindergärtnerin, Krankenschwester oder Fürsorgerin) bewerben konnte. Bis dahin sollte sie sich doch noch in der Arbeitswelt umsehen.

Nach Kriegsende wurde Bruno Georges von der englischen Besatzungsmacht als Polizeichef eingesetzt.

Durch ihren Vater erfuhr sie, dass die englische Besatzungsmacht eine weibliche uniformierte Polizei einrichten wollte. Daraufhin bewarb sich Rosamunde und nach einer kurzen Aufnahmeprüfung wurde sie dann im Oktober 1945 mit 27 weiteren Frauen in die Polizei eingestellt. Die Ausbildung dauerte nur drei Monate unter dem damaligen Schulleiter Karl Breuer. Endlich konnte Rosamunde ihren Wunschberuf ausüben und ihre erste Dienststelle war die Polizeiwache im Biberhaus. Nachdem Rosamunde 1954 ihre Ausbildung zum geh. Dienst in Hilstrup beendete, übernahm sie die Leitung der Weiblichen Schutzpolizei der Polizei Hamburg (als „Mutter aller Polizistinnen“) und wurde 1975 als PHK'in in den wohlverdienten Ruhestand versetzt. Es war schon ein sehr langer und steiniger Weg, bis Rosamundes Wunschberuf in Erfüllung ging!

Der Landesbezirksvorstand wünscht dir, liebe Rosamunde, noch gesunde und glückliche Jahre im Kreise deiner Lieben.

Klaus-Peter Leiste

GLÜCKWUNSCH

Goldene Hochzeit

Am 31. 1. 2014 feierte das Ehepaar Günter und Edith Marie Heinsen ihre „Goldene Hochzeit“!

Horst begann als gelernter Maler seinen Dienst im November 1968 in der Hamburger Polizei und war der erste Angestellte im Außendienst (AiA). Nach seiner Ausbildung zum AiA verrichtete Günter seinen Dienst an den Dienststellen PRW 10, PRW 13, PRW 14 und ab dem Jahr 2000 kam Günter an das PRW 12 (Klingberg). Hier fühlte Günter sich dienstlich sehr wohl und verrichtete seinen Dienst bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 11. 6. 2004.

Günter und seine Frau Edith Marie waren begeisterte Campingurlauber und verbrachten ihre Freizeit in den Sommermonaten immer an der Ostsee mit ihren drei Kindern (zwei Söhne und eine Tochter). Seit einigen Jahren sind Günter und seine Frau Großeltern von vier Enkelkindern,



Edith Marie und Günter Heinsen

die sie fix auf Trapp halten und dann kommt das Hobby von Günter, die große Briefmarkensammlung, einfach zu kurz. Aber auch Enkelkinder können ein wunderschönes Hobby sein.

Der Fachbereichsvorstand Senioren ließ es sich nicht nehmen, an diesem Ehrentag dem „Goldenen Paar“ mit einem Blumenstrauß zu gratulieren und Ihnen noch viele gemeinsame und glückliche Jahre bei bester Gesundheit zu wünschen.

Der Fachbereichsvorstand Senioren

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

11. März 2014, um 15 Uhr,

in der Kantine des Polizeipräsidiums. An diesem Tag wird unser stellv. Vorsitzender, Kollege Manfred Hoge, die Versammlung leiten. GdP-Landesvorsitzender Gerhard Kirsch und die stellv. Vorsitzende Gunhild Weidemann werden in die Versammlung kommen, um Euch über die aktuellen gewerkschaftlichen Themen zu informieren.

8. April 2014, um 15 Uhr,

haben wir in das Polizeipräsidium Rechtsanwalt Bernd Stege aus Bremen eingeladen, der noch einmal zum aktuellen Recht des Versorgungsausgleichs referieren wird.

**Klaus-Peter Leiste,
Vorsitzender FB Senioren**

